

VERSPIELTE HOFFNUNG? DIE PALÄSTINENSISCHE PERSPEKTIVE AUF DIE NAHOSTPOLITIK BARACK OBAMAS

Felix Dane / Konstanze von Gehlen

In den ersten zehn Monaten nach seiner Amtsübernahme als 44. Präsident der Vereinigten Staaten hat Barack Obama die Nahostpolitik der US-Administration neu geprägt. Im Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger George W. Bush, der erst 2003 mit der Einführung der Road Map Engagement im israelisch-palästinensischen Konflikt zeigte, hat Obama bereits wenige Monate nach Beginn seiner Präsidentschaft einen Paradigmenwechsel im Nahen Osten eingeleitet. Die von palästinensischer Seite zuerst mit großem Enthusiasmus aufgenommene Forderung Obamas nach einem kompletten israelischen Siedlungsstopp im Westjordanland und in Ostjerusalem erwies sich jedoch schon bald als kontraproduktiv. Denn Palästinenserpräsident Abbas, der nicht weniger als ein US-Präsident fordern konnte, erklärte daraufhin den absoluten Siedlungsstopp zur Vorbedingung für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Israel. Als sich im Laufe des Jahres herauskristallisierte, dass die US-Administration zwar scharfe Kritik an Israel üben, einen absoluten Siedlungsstopp jedoch nicht durchsetzen würde, hatte sich Abbas durch seine Forderung bereits ins politische Abseits katapultiert.

Schon während des Wahlkampfes erwies sich Obama als klarer Favorit der Palästinenser gegenüber John McCain. Trotz seiner deutlichen Aussage zur Sicherheit Israels und zur Besonderheit der israelisch-amerikanischen Beziehungen genoss er von Anfang an einen Vertrauensvorschluss in der pa-



Felix Dane ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in den Palästinensischen Autonomiegebieten.



Konstanze von Gehlen arbeitet als externe DED-Beraterin im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in den Palästinensischen Autonomiegebieten.

Schon während des Wahlkampfes erwies sich Obama als klarer Favorit der Palästinenser gegenüber John McCain. Trotz seiner deutlichen Aussage zur Sicherheit Israels und zur Besonderheit der israelisch-amerikanischen Beziehungen genoss er von Anfang an einen Vertrauensvorschuss in der palästinensischen Öffentlichkeit.

löstinensischen Öffentlichkeit. Dies lag zum einen an seinem teils muslimisch geprägten Familienhintergrund, zum anderen an seiner Position als erster afro-amerikanischer Präsidentschaftskandidat. Dazu kam sein Versprechen, sich im Falle eines Wahlsieges umgehend für eine Lösung des Nahostkonflikts einzusetzen. Darüber hinaus hatte Obama bereits im Wahlkampf recht deutlich den humanitären Aspekt der israelischen Besatzung erwähnt und damit

weitere Sympathiepunkte errungen. Dementsprechend freudig wurde die Wahl Obamas in den palästinensischen Gebieten aufgenommen. Auf der anderen Seite beendete Israel durch einen einseitigen Waffenstillstand kurz vor der Amtseinführung Obamas die Gefechte im Gazastreifen im Januar 2009, um den neuen Präsidenten als zukünftigen Vermittler im Konflikt nicht mit der Altlast eines Krieges zu beschädigen.

Dennoch blieben die meisten Menschen nach den Erfahrungen der vielen gescheiterten Friedensinitiativen der letzten Jahre (Road Map, Annapolis-Prozess) verhalten skeptisch bezüglich der langfristigen Handlungsmöglichkeiten des Präsidenten. Zunehmend wurde auf die anderen innen- und außenpolitischen Brennpunkte verwiesen, die gegenüber dem endlosen israelisch-palästinensischen Konflikt für den neuen Präsidenten Priorität haben würden. Doch obwohl neben den außenpolitischen Herausforderungen im Irak und in Afghanistan vor allem die globale Wirtschafts- und Finanzkrise die Aufmerksamkeit Obamas in Anspruch nahm, ernannte dieser schon zwei Tage nach seiner Amtseinführung den ehemaligen Senator und US-Vermittler in Nordirland, George Mitchell, zum neuen US-Sondergesandten für den Nahen Osten. Der erste Anruf eines anderen Staatsoberhauptes galt Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas und nicht etwa einem der wichtigen Verbündeten der USA. Darüber hinaus gab er sein erstes Fernsehinterview dem arabischen Satellitensender al-Arabiye und ging im Gespräch auch explizit auf die Problematik im Nahen Osten ein. Dadurch unterstrich Obama seine Ambitionen, den Nahostkonflikt lösen zu wollen.

DIE NEUE ISRAELISCHE REGIERUNG UND DER ALTE KONFLIKT UM DEN SIEDLUNGSBAU

Nur knapp drei Wochen nach der Amtseinführung Obamas wurde auch in Israel eine neue Regierung gewählt. Zwar

konnte die Kadima-Partei unter Führung der Außenministerin Tzipi Livni, die für Konzessionen an die Palästinenser im Rahmen einer Zweistaaten-Lösung eintritt, einen Knesset-Sitz mehr erreichen als der rechtsgerichtete Likud unter Benjamin Netanyahu. Auf Grund des stark zersplitterten Parteiensystems in Israel gelang es jedoch letzterem, eine Koalition zu bilden. Schon bald war absehbar, dass es Netanyahu schwer haben würde, mit dieser Koalition aus sechs größtenteils rechten oder religiösen Parteien, eine davon die Interessensvertreterpartei der Siedlerbewegung, Verhandlungen mit den Palästinensern innerhalb seiner eigenen Regierung mehrheitsfähig zu machen. Dementsprechend ablehnend äußerte sich die Führung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) im Westjordanland gegenüber Netanyahus Aufruf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, und verlangte erstmals einen absoluten Siedlungsstopp als Vorbedingung für Verhandlungen.

Dies beruhte auf den als negativ empfundenen Erfahrungen, die die palästinensische Führung während Netanyahus erster Amtszeit als Premierminister von 1996 bis 1999 machte. Netanyahu, damals einer der erbittertsten Gegner des Oslo-Prozesses, hatte zwar mit der PLO verhandelt, aus seiner Ablehnung der Zweistaaten-Lösung jedoch keinen Hehl gemacht und durch eine Reihe von Maßnahmen als Reaktion auf palästinensische Terroranschläge die Implementierung wichtiger Komponenten des Oslo-Prozesses unterlassen. Schon damals hatte Israel sich verpflichtet, einen temporären Bau-stopp einzuhalten. Diese Regelung wurde aber durch so viele Ausnahmen unterlaufen, dass die Zahl der Siedler während der dreijährigen Regierungszeit von Netanyahu um 42.000 anstieg. Gleichzeitig verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation der Palästinenser und ihre Bewegungsfreiheit im Westjordanland wurde durch eine wachsende Anzahl von Umgehungsstraßen für Siedler zunehmend eingeschränkt.

Die Erfahrungen mit Netanyahu aus den Zeiten des Oslo-Prozesses werden auf palästinensischer Seite wiederholt als Begründung für die Aufstellung von Vorbedingungen für Verhandlungen genannt. Dabei sollte jedoch nicht vergessen werden, dass seit Beginn des Oslo-Prozesses auch eher linksgerichtete israelische Regierungen den Siedlungsbau stetig vorange-

Die Erfahrungen mit Netanyahu aus den Zeiten des Oslo-Prozesses werden auf palästinensischer Seite wiederholt als Begründung für die Aufstellung von Vorbedingungen für Verhandlungen genannt. Dabei sollte jedoch nicht vergessen werden, dass seit Beginn des Oslo-Prozesses auch eher linksgerichtete israelische Regierungen den Siedlungsbau stetig vorangetrieben haben, während die Palästinensische Autonomiebehörde dennoch mit ihnen Verhandlungen führte.

trieben haben, während die Palästinensische Autonomiebehörde dennoch mit ihnen Verhandlungen führte; zuletzt mit Ehud Olmert, der sich im Zuge des Annapolis-Prozesses zwischen 2007 und 2009 unzählige Male mit Palästinenserpräsident Abbas traf. So stieg die Zahl der israelischen Siedler von 1993 (Beginn des Oslo-Prozesses) bis 2009 von rund 281 000 auf 484 000.

Premierminister	Partei	Zeitraum	Zuwachs an Siedlern ¹
Yitzchak Rabin/ Shimon Peres	Labor (linksgerichtet)	1992–1996	63 000
Benjamin Netanyahu	Likud (rechtsgerichtet)	1996–1999	42.000
Ehud Barak	Labor (linksgerichtet)	1999–2001	30 000
Ariel Sharon	Likud (rechtsgerichtet)	2001–2006	70 000
Ehud Olmert	Kadima (mitte-linksgerichtet)	2006–2009	38 000

Die Forderung der Palästinensischen Autonomiebehörde nach einem absoluten Siedlungsstopp als Vorbedingung für Verhandlungen an die Regierung Netanyahu muss daher im weiteren Kontext der machtpolitischen Entwicklungen sowohl auf der innerpalästinensischen als auch auf der internationalen Ebene gesehen werden.

Die von den USA einberufene große Nahostkonferenz in Annapolis im November 2007 setzte den Auftakt für den so genannten Annapolis-Friedensprozess, in dessen Verlauf auf zwei Ebenen verhandelt wurde. Neben den Verhandlungsteams unter Führung von Tzipi Livni und Ahmed Qurei, die über die spezifischen Details eines Friedensabkommens berieten, trafen sich auch Mahmud Abbas und Ehud Olmert regelmäßig zu Gesprächen. In der Hoffnung, mit Olmert langfristig ein umfassendes Abkommen erreichen zu können, duldete Abbas den währenddessen fortschreitenden israelischen Siedlungsbau. Dieser war zwar dem politischen Überlebenskampf Olmerts innerhalb seiner Regierung geschuldet, beschädigte aber in der palästinensischen Bevölkerung das Ansehen von Präsident Abbas. Letztendlich erzielten Olmert und Abbas keine Einigung. Somit konnte die palästinensische Re-

1 | Basierend auf Bevölkerungszahlen des Israeli Central Bureau of Statistics (ICBS) der Jahre 1992–2009 und dem Jerusalem Institute for Israel Studies.

gierung ihrer Bevölkerung keinerlei Resultate in den für die Palästinenser wichtigsten Bereichen Bewegungsfreiheit und Siedlungsstopp präsentieren. Unter anderem mag diese Erfahrung Abbas dazu bewogen haben, ein absolutes Siedlungsmoratorium von Netanyahu als Vorbedingung für Verhandlungen zu verlangen. Denn während Abbas bei Ehud Olmert nach wie vor die Hoffnung haben konnte, zu einem umfassenden Friedensvertrag zu kommen, sind die Positionen der Regierung Netanyahus soweit von denen der Palästinenser entfernt, dass kurzfristige Verhandlungserfolge sehr unwahrscheinlich erscheinen.

Denn während Abbas bei Ehud Olmert nach wie vor die Hoffnung haben konnte, zu einem umfassenden Friedensvertrag zu kommen, sind die Positionen der Regierung Netanyahus soweit von denen der Palästinenser entfernt, dass kurzfristige Verhandlungserfolge sehr unwahrscheinlich erscheinen.

Unterstützend kam die frühe und deutliche Positionierung Obamas in dieser Frage hinzu. Seit seinem Amtsantritt hatte Obama signalisiert, dass seine Administration die Road Map mit zwei von beiden Seiten parallel auszuführenden Schritten wiederbeleben wolle. Israel solle einen Siedlungsstopp verhängen, während im Gegenzug Staaten der arabischen Welt unter Führung Saudi-Arabiens erste Schritte hin zur Normalisierung ihrer Beziehungen mit Israel unternehmen würden.

Die Regierung Netanyahu betrachtet das iranische Atomprogramm als existenzielle Bedrohung für den jüdischen Staat und damit als oberste Priorität seiner Regierungsarbeit. Von den Vereinigten Staaten erhofft sich Israel nicht nur eine Verstärkung der Sanktionen gegen Iran, sondern auch die Duldung, wenn nicht sogar Unterstützung eines israelischen Militärschlags gegen Iran im Falle des Scheiterns von Sanktionen. Auch in einigen anderen Punkten ist Netanyahu auf die Vereinigten Staaten angewiesen. So haben die USA im Streit um den Goldstone-Report, der angebliche Kriegsverbrechen Israels und der Hamas im Gazakrieg behandelt, deutlich Partei für Israel ergriffen. Darüber hinaus ist die allgemeine Bedeutung der USA für Israel als Schutzmacht, wichtigster Verbündeter, größter Handelspartner und auch größter Geldgeber nicht zu unterschätzen. Vor diesem Hintergrund, kalkulierte Abbas, würde es für Obama ein Leichtes sein, Israel zur Einhaltung der amerikanischen Forderung nach einem Siedlungsstopp zu zwingen.

Die Regierung Netanyahu betrachtet das iranische Atomprogramm als existenzielle Bedrohung für den jüdischen Staat und damit als oberste Priorität seiner Regierungsarbeit. Von den Vereinigten Staaten erhofft sich Israel nicht nur eine Verstärkung der Sanktionen gegen Iran, sondern auch die Duldung, wenn nicht sogar Unterstützung eines israelischen Militärschlags gegen Iran im Falle des Scheiterns von Sanktionen.

DIE GRUNDSATZREDE OBAMAS IN KAIRO – HOFFNUNG AUF DEN NEUANFANG

In seiner mit Spannung erwarteten Grundsatzrede an die muslimische Welt vom 4. Juni 2009 in Kairo legte Präsident Obama keinen Friedensplan für den Nahen Osten vor, wie es von manchen Kommentatoren erwartet worden war, sondern skizzierte nur seine grundsätzlichen Prinzipien für eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts.

Als Leitfaden für Friedensverhandlungen wurde interessanterweise nicht der in einer Sackgasse steckende Annapolis-Prozess, sondern wurden die 2003 in der Road Map vereinbarten Verpflichtungen beider Seiten erwähnt. Dies steht im Einklang mit der Ernennung George Mitchells zum US-Sondergesandten; er hatte bereits im Jahr 2000 nach Ausbruch der Zweiten Intifada für den ehemaligen US-Präsidenten Clinton den so genannten Mitchell-Report verfasst, der Ursachen und Lösungswege des Konflikts aufzeigte und später zu einem der Grundpfeiler der Road Map wurde. Die Road Map verlangt u.a. in einer ersten Phase von der Palästinensischen Autonomiebehörde ein Ende der Gewalt gegen Israel. Im Gegenzug hat sich Israel verpflichtet, einen Baustopp in den Siedlungen durchzusetzen. In zwei weiteren Schritten sollte zuerst ein palästinensischer Staat in provisorischen Grenzen und zuletzt die Lösung des Konflikts und all seiner Komponenten (Flüchtlinge, Jerusalem, endgültige Grenzen, Siedlungen und Wasser) erreicht werden. Eine sich immer schneller drehende Spirale der Gewalt hatte die Road Map jedoch schon nach wenigen Monaten scheitern lassen.

Wie auch schon sein Vorgänger George W. Bush bekannte sich Obama mit klaren Worten zur Zweistaatenlösung. Diese sei die einzige Möglichkeit, den Vorstellungen beider Seiten gerecht zu werden.

Wie auch schon sein Vorgänger George W. Bush bekannte sich Obama mit klaren Worten zur Zweistaatenlösung. Diese sei die einzige Möglichkeit, den Vorstellungen beider Seiten gerecht zu werden. Unterstrichen wurde seine Position durch die Betonung des Existenzrechts

des jüdischen Staates, das auf der tragischen jüdischen Erfahrung von Verfolgung und Holocaust beruhe. Holocaustleugnung und Antisemitismus seien nicht nur moralisch falsch und abstoßend, sondern auch ein Hindernis zum Frieden. Die Forderung nach der Anerkennung des Existenzrechts Israels richtete sich, neben einer Vielzahl arabischer und muslimischer Staaten, vor allem an den Iran und die im Gazastreifen herrschende radikal-islamische Hamas. Ihr gegenüber wie-

derholte Obama die bereits seit dem Wahlsieg der Partei im Januar 2006 von der westlichen Welt formulierten Forderungen nach einem Ende der Gewalt, der Anerkennung der bisher von der PLO mit Israel geschlossenen Verträge und der Anerkennung des Existenzrechts Israels. Vorher solle es keinerlei Kontakte oder Verhandlungen mit der Hamas geben.

Andererseits müssten die nationalen Bestrebungen der Palästinenser nach einem eigenen Staat erfüllt werden und beide Staaten in Sicherheit und Frieden nebeneinander leben können. Der bereits in den vorhergegangenen Monaten mehrfach von der amerikanischen Administration geforderte absolute Baustopp in israelischen Siedlungen, einschließlich Ostjerusalems, wurde in der Kairo-Rede in aller Deutlichkeit wiederholt. Amerika akzeptiere keinen fortschreitenden israelischen Siedlungsbau, da dieser im Widerspruch zu vorangegangenen Vereinbarungen stehe und die Anstrengungen untergrabe, Frieden zu erreichen, so Obama. Gleichzeitig rief der US-Präsident die israelische Regierung dazu auf, die Bewegungsfreiheit in der West Bank zu verbessern und die in seinen Augen kontraproduktive Blockade des Gazastreifens zu beenden.

Obama lobte die Arabische Friedensinitiative, die 2002 in Beirut von der Arabischen Liga vorgestellt wurde und Israel die volle Anerkennung anbietet, wenn sich der jüdische Staat aus allen 1967 besetzten Gebieten vollständig zurückzieht und eine gerechte Lösung der palästinensischen Flüchtlingsfrage zulässt. Obama bezeichnete die Initiative als „einen bedeutenden Anfang, aber nicht das Ende ihrer Verantwortung“ und rief die arabischen Staaten dazu auf, den palästinensischen Staatswerdungsprozess zu unterstützen und gleichzeitig Israels Legitimität anzuerkennen. Damit stellte Obama an die arabischen Staaten die Kernforderung Israels nach Anerkennung durch ihre Nachbarstaaten, anstatt diese Anerkennung, wie in der Arabischen Friedensinitiative skizziert, an das Ende des Prozesses zu setzen.

Obamas Sicht auf die palästinensische Position und vor allem seine Rhetorik müssen als ein nicht zu unterschätzender Paradigmenwechsel in der US-amerikanischen Regierung interpretiert werden. Die Rhetorik des neuen US-Präsidenten unterscheidet sich fundamental von der seiner Vorgänger. So ist es bemerkenswert, dass Präsident Obama während seiner gesamten Rede nie von den palästi-

Obamas Sicht auf die palästinensische Position und vor allem seine Rhetorik müssen als ein nicht zu unterschätzender Paradigmenwechsel in der US-amerikanischen Regierung interpretiert werden.

nensischen (Autonomie-)Gebieten oder einem zukünftigen palästinensischen Staat sprach, sondern ausdrücklich „Palästina“ sagte. Zwar ist dies mehr ein rhetorisch neuer Sprachgebrauch als eine wirklich neue Politik der US-Administration, der Symbolgehalt des Wortes „Palästina“ sollte jedoch nicht unterschätzt werden. Darüber hinaus kritisierte er klar die Anwendung von Gewalt und Terror durch palästinensische Gruppen, sprach aber in diesem Zusammenhang von „Widerstand“ und zitierte den friedlichen Kampf der Afroamerikaner, der Südafrikaner, der Osteuropäer und anderer gegen Sklaverei, Rassentrennung, Erniedrigung und Unfreiheit. Gewalt sei eine Sackgasse und Terror gegen Zivilisten weder ein Zeichen von Stärke noch von Mut. Die Erwähnung der palästinensischen Situation im gleichen Atemzug mit Sklaverei und Rassentrennung in den USA deutet ebenfalls auf eine neue Rhetorik hin. Weiterhin erwähnte er das Leiden der palästinensischen Flüchtlinge, die seit über 60 Jahren in Flüchtlingslagern leben, und sprach von den „täglichen Erniedrigungen – kleine und große – welche die Besatzung mit sich bringt“. Weiter thematisierte er „die Situation des palästinensischen Volkes [als] intolerabel“. Solch klare Worte des Verständnisses für die Lage in den palästinensischen Gebieten und die Sorgen der Palästinenser hat vor Obama noch kein US-Präsident gefunden. Die Anerkennung ihres Leidens, nicht nur durch die Amerikaner, sondern auch vor der Weltöffentlichkeit, hat für die Palästinenser eine große psychologische Bedeutung.

Dementsprechend positiv waren die Reaktionen in den palästinensischen Gebieten auf die Rede. Besondere Aufmerksamkeit erfuhr dabei die klare Ablehnung des fortgesetzten israelischen Siedlungsbaus, das Bekenntnis zu einer Zweistaatenlösung und das Versprechen Obamas, sich persönlich für

eine Lösung des Konflikts einzusetzen. Der vom Westen unterstützte Präsident Abbas und sein Ministerpräsident Salam Fayyad begrüßten die Rede, insbesondere die Verurteilung israelischer Siedlungsaktivitäten, als einen ermutigenden Start der Zusammenarbeit mit der neuen amerikanischen Administration. Die klare Positionierung Obamas zum Thema Siedlungen hatte Präsident Abbas, der auf seiner For-

derung nach einem absoluten Siedlungsstopp als Vorbedingung für Verhandlungen beharrte, den Rücken gestärkt. Auch in der palästinensischen Bevölkerung weckte die Rede Oba-

Der vom Westen unterstützte Präsident Abbas und sein Ministerpräsident Salam Fayyad begrüßten die Rede, insbesondere die Verurteilung israelischer Siedlungsaktivitäten, als einen ermutigenden Start der Zusammenarbeit mit der neuen amerikanischen Administration.

mas die Hoffnung auf ein stärkeres amerikanisches Engagement.

DIE BÜRDE DES INNERPALÄSTINENSISCHEN KONFLIKTS

Für das politische Überleben der moderaten Regierung im Westjordanland sind Fortschritte am Verhandlungstisch mit Israel von existenzieller Notwendigkeit. Die von Präsident Abbas ernannte Regierung pro-westlicher Technokraten wird von lediglich 40 Prozent der Palästinenser unterstützt und leidet nach genereller Auffassung unter einem Defizit demokratischer Legitimation. Nach der gewaltsamen Machtübernahme der Hamas im Gazastreifen hatte Abbas die 2006 gewählte Regierung abgesetzt und den Notstand ausgerufen. Seine Autorität wird jedoch von der im Gazastreifen herrschenden Hamas nicht anerkannt. Sie sieht sich als die demokratisch gewählte und damit nach wie vor legitime Regierung der palästinensischen Gebiete. Zwar hat Präsident Abbas der Verfassung nach in Notzeiten das Recht, eine Übergangsregierung einzusetzen, diese muss aber nach 60 Tagen vom Parlament im Amt bestätigt werden. Da jedoch der Palästinensische Legislativrat auf Grund der hohen Anzahl in Israel inhaftierter Abgeordneten der Hamas nicht beschlussfähig ist, regiert Salam Fayyad seit fast zweieinhalb Jahren im Westjordanland per Dekret als Premierminister einer Technokratenregierung. Diese wird vom Westen unterstützt und hat sich dem Weg der Verhandlungen und der Gewaltlosigkeit verschrieben. Komplementär zu Obamas Ankündigung, innerhalb von zwei Jahren einen palästinensischen Staat gründen zu wollen, legte Premierminister Salam Fayyad einen Zweijahresplan zur Schaffung institutioneller Voraussetzungen für eine Staatsgründung vor.

Und auch innerhalb der herrschenden Fatah-Partei machte sich ein wachsender Reformdruck bemerkbar. Im August 2009 führte die Fatah ihren ersten Parteitag seit 20 Jahren in Bethlehem durch. Ausschlaggebend dafür scheinen vorrangig zwei Faktoren gewesen zu sein: Zum einen die Erkenntnis führender Fatah-Kader, dass ohne einen demokratischen Legitimierungsprozess ihrer Führerschaft und ohne die Einbindung der innerparteilichen Opposition die Fatah bei den Anfang 2010 anstehenden Wahlen wieder einen schweren Stand gegenüber der Hamas haben würde. Zum anderen übte die amerikanische Administration auf Abbas großen Druck aus,

sich demokratischen Reformen zu unterwerfen. Auch Israel wurde von Obama dazu angehalten, den Reformprozess durch Einreiseerlaubnisse für die im Exil lebenden Fatah-Führer zu ermöglichen. Auf der Agenda stand nicht nur die inhaltliche Neuausrichtung der Fatah, insbesondere bezüglich der Strategie für zukünftige Verhandlungen mit Israel und die Positionierung der Fatah gegenüber der Hamas im innerpalästinensischen Konflikt, sondern auch die Wahl einer neuen Führungsriege. Die lebhaften Diskussionen zu verschiedenen, teilweise sehr heiklen Themen konnten als ein Erfolg für den demokratischen Prozess in den Palästinensischen Autonomiegebieten gewertet werden. Zwar hat es die alte Garde der Fatah geschafft, trotz des über ihr liegenden Schattens der Misswirtschaft und Korruption nach wie vor entscheidenden Einfluss im Exekutivorgan der Partei auszuüben. Präsident Abbas und die Fatah sind gleichwohl gestärkt aus dem Parteitag hervorgegangen. Die Offenheit der Diskussionen und die Tatsache, dass sich einige Vertreter der jungen Garde behaupten konnten, hat die Popularität der Fatah innerhalb der Bevölkerung erhöht. Zusammen mit den von der Regierung verzeichneten Erfolgen in den Bereichen innere Sicherheit, Korruptionsbekämpfung und Förderung der Wirtschaft besicherte der Kongress der Fatah ein neues Umfragehoch.

Trotz des erfolgreichen Fatah-Kongresses hat sich Abbas in den darauffolgenden Wochen durch die Affäre um den Goldstone-Bericht in den Augen der Bevölkerung wieder in eine Position der Schwäche manövriert.

Trotz des erfolgreichen Fatah-Kongresses hat sich Abbas in den darauffolgenden Wochen durch die Affäre um den Goldstone-Bericht in den Augen der Bevölkerung wieder in eine Position der Schwäche manövriert. Der Goldstone-Bericht enthält die Ergebnisse einer vom

UN-Menschenrechtsrat in Auftrag gegebenen Untersuchung zum Gazakrieg Ende 2008, die unter Vorsitz des ehemaligen Chefanklägers des Internationalen Gerichtshofes, Richard Goldstone, mögliche Kriegsverbrechen während der Operation „Gegossenes Blei“ aufdecken sollte. Die Kommission kam zu dem Ergebnis, dass sowohl Israel als auch bewaffnete palästinensische Gruppen wie die Hamas Kriegsverbrechen begangen haben. Sowohl Israel als auch die Hamas wiesen die Vorwürfe zurück. Unter erheblichem Druck seitens der USA – getragen von der Sorge, die aktuelle Debatte darüber könne dem Friedensprozess schaden – hatte Präsident Abbas zunächst dafür plädiert, die Abstimmung über den Goldstone-Bericht im UN-Menschenrechtsrat zu vertagen. Diese Entscheidung löste in breiten Teilen der palästinensischen Bevölkerung wütende Proteste aus, die sich in Demonstrationen

und Aufmärschen niederschlugen, auf denen Abbas des Hochverrats beschuldigt und zum Rücktritt aufgefordert wurde. Auch aus den Führungsgremien der eigenen Partei schlug Abbas harsche Kritik entgegen. Dr. Nabil Sha'ath, Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten im Fatah-Zentralkomitee, teilt diese Einschätzung und bezeichnet den Schaden, den Abbas Ansehen durch die Entscheidung erlitten hat, als enorm.

Im Gegensatz zu den vorsichtig positiv zu beurteilenden Entwicklungen im Westjordanland steht der von der Hamas kontrollierte Gazastreifen kurz vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch. Seit der Machtübernahme der Hamas im Sommer 2007 unterliegt Gaza einer fast vollständigen Blockade. Die Arbeitslosigkeit liegt bei geschätzten 70 bis 80 Prozent. Der Gazakrieg Anfang 2009, der fast 1500 Todesopfer forderte und zu weitreichenden Zerstörungen von Wohngebieten und Infrastruktur führte, hat die humanitäre Situation weiter verschlechtert. Auf Grund der Blockade können die nach dem Krieg notwendigen Aufbauarbeiten nicht durchgeführt werden, da kein Baumaterial in den Gazastreifen geliefert wird. Obwohl die Hamas im Gazastreifen uneingeschränkt autoritär herrscht, wächst der Druck aus der Bevölkerung, eine Verbesserung der Lebensbedingungen zu erreichen. Ein Ende der Blockade könnte aber nur durch die Bildung einer Einheitsregierung mit der Fatah erreicht werden, wenn diese vorläufig die Macht im Gazastreifen und im Westjordanland übernehmen, die Spaltung überwinden, und daraufhin allgemeine Wahlen ausrufen würde.

Seit der Machtübernahme der Hamas im Sommer 2007 unterliegt Gaza einer fast vollständigen Blockade. Die Arbeitslosigkeit liegt bei geschätzten 70 bis 80 Prozent. Der Gazakrieg Anfang 2009, der fast 1500 Todesopfer forderte und zu weitreichenden Zerstörungen von Wohngebieten und Infrastruktur führte, hat die humanitäre Situation weiter verschlechtert.

Nachdem die für Ende Oktober angekündigte Unterzeichnung eines Einheitsabkommens zwischen Fatah und Hamas gescheitert ist, hat der palästinensische Präsident Mahmud Abbas für den 24. Januar 2010 Präsidentschafts- und Parlamentswahlen ausgerufen. Abbas reagierte mit der Ansetzung von Neuwahlen auf die Weigerung der Hamas, das monatelang unter ägyptischer Verhandlungsführung erarbeitete Versöhnungsabkommen zwischen Fatah und Hamas zu unterzeichnen. Gemäß dem geplanten Abkommen hätten die Wahlen erst nach einer nationalen Einigung Ende Juni 2010 stattfinden sollen. Abbas begründete die Ausrufung der Neuwahlen nun damit, dass die Hamas mit ihrer Entscheidung be-

wiesen habe, nicht zu einer Versöhnung bereit zu sein. Daher sehe er sich jetzt einzig an die Verfassung gebunden. Diese sieht Wahlen bis zum 25. Januar 2010 vor, da dann die vierjährige Legislaturperiode des Parlaments sowie die Amtszeit des Präsidenten enden. Letztere war formal bereits im Januar 2009 ausgelaufen, wurde jedoch von Abbas selbst per Dekret um ein Jahr verlängert, um die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen gleichzeitig abhalten zu können. Es gilt jedoch als sicher, dass dieser Termin nicht eingehalten werden kann. Zum einen ist vollkommen unklar, wie Wahlen im von der Hamas kontrollierten Gazastreifen gegen deren Willen durchgeführt werden könnten. Zum anderen scheinen selbst im Westjordanland die Vorbereitungen für Wahlen nicht so weit fortgeschritten zu sein, dass sie Ende Januar 2010 stattfinden können.

RÜCKSCHLAG FÜR ABBAS

Am 14. Juni 2009 reagierte Premierminister Netanyahu auf Obamas Kairo-Rede und präsentierte in einer Rede an der Bar-Ilan-Universität seine Vision für die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Dabei bekannte er sich erstmals zur Zweistaatenlösung und zur Schaffung eines palästinensischen Staates, allerdings unter dem Vorbehalt, dass dieser entmilitarisiert sei, dass die Palästinenser das Existenzrecht Israels als jüdischen Staat anerkennen und dass sie auf das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge von 1948 auf israelisches Staatsgebiet verzichten. Die palästinensische Führung reagierte ablehnend auf diese Forderungen. Das prinzipielle Bekenntnis Netanyahus zur Zweistaatenlösung muss dennoch als ein historischer Schritt gewertet werden.

Trotz des großen amerikanischen und internationalen Drucks war Israel lediglich zu einem temporären, Ostjerusalem ausnehmenden Moratorium bereit, woraufhin die Arabische Liga jegliche Normalisierung ihrer Beziehungen zu Israel vorerst ablehnte. Damit war das amerikanische Engagement bereits an der ersten Hürde gescheitert. Nachdem die USA akzeptiert hatten, dass Netanyahu bei den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen im israelischen Parlament nicht mehr als einen temporären und partiellen Siedlungsstopp erreichen könnte, ohne seine Koalitionspartner zu verlieren, erklärte die US-Administration am 28. August 2009, dass man keine Seite zu Zugeständnissen zwingen werde und beide Verhandlungs-

partner selbst entscheiden müssten, ob die Vorbedingungen für Verhandlungen erfüllt seien. Dies stellte einen herben Rückschlag für Abbas dar. Seine auf Obama gesetzten Hoffnungen hatten sich nicht erfüllt.

US-Außenministerin Hillary Clinton nahm nach einem Treffen mit Israels Regierungschef Netanyahu im Oktober ein Angebot an, das einen Siedlungsstopp versprach, jedoch 3000 Baueinheiten im Westjordanland (zum Teil öffentliche Gebäude, zum Teil bereits im Bau befindliche Häuser) sowie das gesamte Gebiet Ostjerusalems davon ausnahm. Dadurch sah Abbas sich im Stich gelassen und zum Rückzug gezwungen. Er verkündete, bei den anstehenden Wahlen für das palästinensische Präsidentenamt nicht mehr antreten zu wollen. Nach seiner monatelang wiederholten Forderung nach einem absoluten Siedlungsstopp und nach dem für sein öffentliches Ansehen verheerenden Schlingerkurs in Bezug auf den Goldstone-Report war dieser Schritt der einzige Weg, sein Gesicht zu wahren.

US-Außenministerin Hillary Clinton nahm nach einem Treffen mit Israels Regierungschef Netanyahu im Oktober ein Angebot an, das einen Siedlungsstopp versprach, jedoch 3000 Baueinheiten im Westjordanland (zum Teil öffentliche Gebäude, zum Teil bereits im Bau befindliche Häuser) sowie das gesamte Gebiet Ostjerusalems davon ausnahm. Dadurch sah Abbas sich im Stich gelassen und zum Rückzug gezwungen.

Wenngleich Abbas versicherte, seine Entscheidung sei endgültig, ist diese auch als taktisches Manöver einzustufen, mit dem er die Obama-Administration zu einer Revision ihrer Position drängen will. Denn mit seinem Amtsverzicht träfe Abbas vor allem die USA und Israel, die mit ihm einen moderaten Verhandlungspartner verlieren würden. Da er keinen starken Stellvertreter aufgebaut hat und Marwan Barghouti, das einzig politische Schwergewicht, das die Palästinenser hinter sich vereinen könnte, in Israel eine lebenslange Haftstrafe absitzt, wird sein Verzicht ein Machtvakuum nach sich ziehen. Hiervon würde bei den Wahlen in jedem Fall die Hamas profitieren, die zur Zeit in Umfragen weit hinter der Fatah liegt (den letzten Umfrageergebnissen nach unterstützen 44 Prozent der Palästinenser die Fatah und nur 28 Prozent Hamas). Dies kann weder im Interesse Israels noch der Vereinigten Staaten sein. Das weiß auch Abbas. Und so kann man davon ausgehen, dass er dem breiten internationalen Drängen, seine Entscheidung zu revidieren, nur zum Preis entsprechender politischer Zugeständnisse nachgeben wird.

Parallel zur Rücktrittsankündigung von Abbas hat die Führung der PA im Westjordanland den Druck auf Israel und die USA

durch die Drohung mit zwei weiteren möglichen Szenarien für die Zukunft weiter erhöht. Nachdem die Palästinenser bereits 1988 in Tunis unilateral ihre Unabhängigkeit erklärt hatten, droht nun Abbas damit, die Anerkennung des palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 bei den Vereinten Nationen zu beantragen. Die völkerrechtliche Anerkennung Palästinas hätte für den zukünftigen internationalen Umgang mit dem Nahostkonflikt weitreichende Konsequenzen: Damit würde Israel im Krieg erobertes, aber völkerrechtlich umstrittenes Territorium besetzen. Dies würde nicht nur den bewaffneten Widerstand des besetzten Landes gegen den Besatzer in ein anderes Licht rücken, sondern Israels Status in den internationalen Beziehungen massiven Schaden zufügen. Zwar haben sich bereits eine Vielzahl europäischer Staaten gegen diesen Schritt ausgesprochen und es gilt als sicher, dass er letztendlich am Veto der USA im UN-Sicherheitsrat scheitern würde, ein Erfolg in der Generalversammlung wäre jedoch wahrscheinlich und bereits äußerst unangenehm für Israel. Die zweite Drohung verfolgt das gegensätzliche Ziel: Die Aufgabe der Zweistaatenlösung, die Auflösung der Autonomiebehörde und die Adaption des südafrikanischen Modells, das nach einem Staat und gleichen Bürgerrechten für alle verlangt. Dann müsste Israel, wollte es seinen rechtsstaatlichen Charakter bewahren, die rund fünf Millionen Palästinenser des Gazastreifens, des Westjordanlandes und Ostjerusalems zu israelischen Staatsbürgern erklären. Zusammen mit den israelischen Arabern, die bereits über die israelische Staatsbürgerschaft verfügen, würden die Palästinenser die Mehrheit im Staat Israel stellen. Das wäre das Ende des jüdischen Staates und ist somit für Israel und die internationale Gemeinschaft inakzeptabel.

MÖGLICHE VERSCHIEBUNG DES MACHTGEFÜGES

Ein weiterer wichtiger Faktor im Machtgefüge Nahost ist derzeit auch die Hoffnung auf einen bald erfolgreich abzuschließenden Deal im Fall des entführten israelischen Soldaten Gilad Shalit. Die Chancen, dass es innerhalb der nächsten Wochen zu einem solchen Gefangenenaustausch kommt, stehen derzeit nicht schlecht. Mit Hilfe deutscher Vermittlungsbemühungen kam es bereits Anfang Oktober zu einem ersten Teilaustausch. Im Gegenzug für ein Video des sich augenscheinlich körperlich wie seelisch in guter Verfassung befindenden Shalit hatte Israel zwanzig inhaftierte Palästinenserinnen freigelassen. Beide Seiten hoffen nun, mit Hilfe der deutschen

und ägyptischen Vermittler zu einer endgültigen Lösung im Fall Shalit zu kommen. Den wenigen Informationen nach zu schließen, die an die Öffentlichkeit gelangen, hängt eine Einigung zwischen Israel und der Hamas an rund 20 Palästinensern, die für ihre Mitwirkung an tödlichen Terroranschlägen lebenslang im Gefängnis sitzen, allen voran der zu fünfmal lebenslanglich verurteilte Fatah-Milizenführer Marwan Barghouti. Wenn es der Hamas tatsächlich gelänge, in Kürze im Austausch zu Shalit die Freilassung von rund 1000 teils hochrangigen in israelischen Gefängnissen inhaftierten Palästinensern zu erwirken, würde dies national einen enormen Popularitätsschub nach sich ziehen. Für Präsident Abbas gilt ein solcher Deal als enormer Rückschlag, da die Hamas in den Augen der Bevölkerung durch gewaltsame Aktionen und Entführungen (wieder einmal) sehr viel mehr erreicht hätte als Abbas mit seiner Strategie der Verhandlungen. Obwohl Israel im Falle eines Deals mit der Hamas erwartungsgemäß auch einige hundert palästinensische Gefangene als eine Geste der Stärkung für Abbas entlassen wird, ist davon auszugehen, dass dies eher Gefangene sein werden, deren Haftzeit sich dem Ende nähert. Den eigentlichen Erfolg hätte Hamas zu verbuchen. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass ein Abkommen zwischen Israel und der Hamas nicht nur die Freilassung von rund 1000 Gefangenen bedeutet, sondern dass es auch eine Regelung zur Aufhebung der Blockade des Gazastreifens enthalten wird.

Eine mögliche Freilassung Barghoutis würde das innerpalästinensische Machtgefüge neu definieren. Er hat bereits angekündigt, im Fall seiner Freilassung für das Amt des palästinensischen Präsidenten zu kandidieren. In den Umfragen der letzten Jahre liegt Barghouti im Falle einer Kandidatur konstant bei ca. 62 Prozent, während Hamas-Führer Ismail Haniyeh weit abgeschlagen auf 31 Prozent käme. Würde Abbas gegen Haniyeh antreten, würde er mit 52 zu 38 Prozent gewinnen. Barghouti gehört zwar der Fatah an, pflegt aber auch zur Hamas ein von gegenseitigem Respekt und Vertrauen geprägtes Verhältnis. Er gilt als treibende Kraft hinter dem „Gefangenenpapier“, einem von palästinensischen Häftlingen aller Fraktionen im Jahr 2006

Den wenigen Informationen nach zu schließen, die an die Öffentlichkeit gelangen, hängt eine Einigung zwischen Israel und der Hamas an rund 20 Palästinensern, die für ihre Mitwirkung an tödlichen Terroranschlägen lebenslang im Gefängnis sitzen, allen voran der zu fünfmal lebenslanglich verurteilte Fatah-Milizenführer Marwan Barghouti.

Eine mögliche Freilassung Barghoutis würde das innerpalästinensische Machtgefüge neu definieren. Er hat bereits angekündigt, im Fall seiner Freilassung für das Amt des palästinensischen Präsidenten zu kandidieren. In den Umfragen der letzten Jahre liegt Barghouti im Falle einer Kandidatur konstant bei ca. 62 Prozent, während Hamas-Führer Ismail Haniyeh weit abgeschlagen auf 31 Prozent käme.

ausgearbeiteten Dokument zur palästinensischen Einheit, das nach wie vor die Grundlage aller Einigungsverhandlungen zwischen Hamas und Fatah darstellt. Darüber hinaus ist der charismatische Barghouti beim palästinensischen Volk überaus beliebt und geachtet, seine Verurteilung in Israel hat ihm den Heldenstatus gesichert, und er gilt als Vertreter der jungen Garde, die den Kampf gegen Israel vorangetrieben hat, während sich die alte Führungsriege der Fatah durch Korruption und Misswirtschaft einen schlechten Namen machte. Trotz seines langen Kampfes gegen Israel gilt Barghouti als pragmatischer Politiker, der zu einem Kompromiss bereit wäre. Im Gegensatz zu Abbas, dem von seinen politischen Gegnern gerne der Ausverkauf Palästinas unterstellt wurde, wird Barghouti jedoch die starke und selbstbewusste Vertretung palästinensischer Interessen in Verhandlungen zuge-
traut. Sein Charisma, seine Führungsstärke, seine guten Verbindungen zu den anderen politischen Gruppen und nicht zuletzt seine hohe Beliebtheit beim Volk nähren die Hoffnung, dass er ein Abkommen mit Israel auch innenpolitisch durchsetzen könnte.

Möglicherweise spekuliert die Hamas derzeit darauf, erst nach einem erfolgreichen Gefangenenaustausch einem Einigungsabkommen mit der Fatah zuzustimmen, um anschließend aus einer Position der Stärke heraus in Neuwahlen zu gehen. Die Welle der Popularität würde sich auf den Stimmenanteil der Hamas bei den Wahlen zum Parlament sicherlich positiv auswirken. Zwar würde die Hamas bei einem Einheitsabkommen die derzeitige Alleinherrschaft im Gazastreifen verlieren, sie scheint sich aber auch der Tatsache bewusst zu sein, dass die Situation der dortigen Bevölkerung untragbar ist. So lange die Hamas die Macht in Gaza hält, wird sich daran auch nichts ändern. Die Überwindung der palästinensischen Spaltung würde also einen Machtverlust in Gaza, aber dafür auch den Wiedereintritt in das politische Geschehen im Westjordanland bedeuten. Bei der Wahl um das Präsidentenamt wäre die Hamas zwar gegen Barghouti chancenlos, man kann jedoch davon ausgehen, dass das Präsidentenamt für die Hamas zur Zeit sowieso noch nicht relevant ist, da der Präsident die Verhandlungen mit Israel führt und die Hamas mit Rücksicht auf ihre ideologische Basis diesen Schritt noch nicht vollziehen kann. Mit Barghouti säße jedoch an der Spitze des Amtes ein Präsident, der seine Freiheit, und damit auch seine Position, einzig und allein der Hamas schuldet.

WARTEN AUF OBAMAS STRATEGIE

Langfristig wird die Fatah den Wettkampf mit der Hamas um die Herzen der Palästinenser nur gewinnen können, wenn der von ihr eingeschlagene Weg der Verhandlungen und Gewaltlosigkeit Früchte trägt. Dafür muss Obama seine Ankündigungen wahr machen, sich aktiv in den Nahostfriedensprozess einzubringen und eine Zweistaatenlösung durchzusetzen. Der Schlingerkurs der US-Administration in der Siedlungsfrage hat bereits zu einem massiven Vertrauensverlust in der palästinensischen Führung und Bevölkerung geführt.

Problematisch ist, dass Barack Obama bisher immer noch keine Strategie vorgelegt hat, mit der er den Nahostkonflikt lösen will. Sowohl die Rede in Kairo als auch seine erste Rede vor der UN-Vollversammlung Ende September – beides Gelegenheiten, zu denen eine Startegieverkündung erwartet wurde – verstrichen, ohne dass Obama ein Konzept zur Lösung des Konflikts vorlegte. Allerdings hat Obama sich auch bis zu der Verkündung der neuen US-Afghanistan-Strategie sehr viel Zeit gelassen. Grund seiner derzeitigen Zurückhaltung könnte sein, dass er zuerst die Klärung der skizzierten innerpalästinensischen Machtfragen abwarten möchte, um damit eine Beschädigung des Verhandlungsanlaufes durch andauernde innerpalästinensische Querelen zu vermeiden.

Generell ist im jahrzehntelang andauernden israelisch-palästinensischen Konflikt ein ehrliches und langfristiges Engagement von größter Bedeutung. Anders als alle bisherigen US-Präsidenten, die sich zumeist erst zu einem sehr späten Zeitpunkt ihrer Amtszeit aktiv dem Nahostkonflikt widmeten, hat Obama mit der Ernennung des Nahostbeauftragten Mitchell am zweiten Tag seiner Amtszeit bereits ein eindeutiges Signal gesetzt. Auch sein grundsätzlich veränderter Tonfall in Bezug auf den Konflikt und die arabische Welt im Allgemeinen sind wichtige Signale, die ihre Wirkung auf die palästinensisch-arabische öffentliche Meinung nicht verfehlt haben. Jetzt gilt es jedoch, diesen Schritten eine konzeptionelle Vision folgen zu lassen.

Langfristig wird die Fatah den Wettkampf mit der Hamas um die Herzen der Palästinenser nur gewinnen können, wenn der von ihr eingeschlagene Weg der Verhandlungen und Gewaltlosigkeit Früchte trägt. Dafür muss Obama seine Ankündigungen wahr machen, sich aktiv in den Nahostfriedensprozess einzubringen und eine Zweistaatenlösung durchzusetzen.

Generell ist im jahrzehntelang andauernden israelisch-palästinensischen Konflikt ein ehrliches und langfristiges Engagement von größter Bedeutung. Anders als alle bisherigen US-Präsidenten, die sich zumeist erst zu einem sehr späten Zeitpunkt ihrer Amtszeit aktiv dem Nahostkonflikt widmeten, hat Obama mit der Ernennung des Nahostbeauftragten Mitchell am zweiten Tag seiner Amtszeit bereits ein eindeutiges Signal gesetzt.

Die ihm anfangs zugestandene Rolle als ehrlicher Vermittler hat Obama zu schnell verspielt, sein Nachgeben gegenüber Israel in der Siedlungsfrage hat ihn schwach wirken lassen und die Hoffnung der Palästinenser in die Möglichkeit der Durchsetzung einer Zweistaatenlösung empfindlich beschädigt. Um nicht langfristig den radikalen Kräften Auftrieb zu geben, sollte Obama die Verkündung seines strategischen Ansatzes nicht mehr zu lange aufschieben. Die Erfolge Obamas in anderen Politikbereichen und sein unerschöpfliches Engagement geben jedoch begründeten Anlass zur Hoffnung, dass es ihm gelingen kann, den bisher gefahrenen Schlingenkurs in eine gradlinige Strategie zu verwandeln.